

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	37. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	25. April 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 18 der Tagesordnung: Veränderte Besetzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung

Punkt 18.1

Antrag: SPD, GRÜNE

Vorlage: 2016/0780

Punkt 18.2

Antrag: KULT

Vorlage: 2016/0815

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Antrag KULT: mit 23 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen abgelehnt

Gemeinsamer Antrag SPD, GRÜNE: mit 5 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die Vorberatung im Hauptausschuss und die vorliegenden Stellungnahmen.

Für die ersten Antragsteller gibt es keine Wortmeldungen, auch gut.

Für die zweiten Antragsteller:

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Das war mir nicht gleich klar, ich dachte, die SPD will erst mal dazu sprechen. Gott sei Dank habe ich etwas vorbereitet. Wir Stadträtinnen und Stadträte wissen leider nicht alles. Deshalb bietet uns die Gemeindeordnung die Möglichkeit, auch sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in der Beratung der Ausschüsse mit einzubeziehen. Genau das wollen wir an dieser Stelle nutzen. Im Ausschuss für Wirtschaftsförderung ist es naheliegend, dass wir die Unternehmen miteinbeziehen, und mit den beiden größten Kammern, der IHK und der Handwerkskammer, haben wir sicherlich eine Auswahl getroffen, die einen großen Teil der Unternehmen in Karlsruhe, wenn auch nicht alle, repräsentieren. Eines der großen Ziele unserer Wirtschaftspolitik in Karlsruhe sind seit jeher gute Arbeitsplätze. Die Experten für gute Arbeit sitzen bei den Gewerkschaften. Ich bin sicher, dass es durch diese Interessensgruppen auch neue Anregungen geben wird, die unsere Wirtschaftsförderung nach vorne treiben können.

Eine andere Sichtweise bereichert in der Regel einen Diskussionsprozess. Ich möchte mich kurz auf den Antrag der KULT, der sich nur geringfügig von unserem unterscheidet, beziehen. Die KULT schlägt vor, neben den DGB-Gewerkschaften auch andere Gewerkschaften einzuladen oder anderen Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht einzuräumen. Nun, wir verschließen uns einem solchen Vorschlag nicht auf alle Zeit, aber derzeit ist es so, dass der DGB die großen Gewerkschaften und die Gewerkschaften, die ein Interesse an Wirtschaftsförderung haben, weil sie in der freien Wirtschaft aktiv sind, zum ganz großen Teil abbildet. Das kann man zum Beispiel vom Beamtenbund nicht sagen, der Beamte vornehmlich organisiert, auch wenn er das ausweitet, und weitere Gewerkschaften sind einfach erheblich kleiner. Was mich an der Stelle auch verwundert ist, dass die KULT zwar einerseits anspricht, dass es neben dem DGB noch andere Gewerkschaften gibt, andererseits aber ausblendet, dass es neben den beiden größten Kammern, eben noch andere Kammern gibt, zum Beispiel die Ärztekammer oder die Anwaltskammer, und da nicht den Bedarf sieht, diese miteinzubeziehen. Ich denke, dass wir uns letzten Endes einig sind, dass in der derzeitigen Situation die IHK, die HWK und die DGB-Gewerkschaften diejenigen sind, die einen großen Teil der Unternehmen und der Angestellten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer repräsentieren und auch die entsprechende Expertise haben. Nach Rücksprache mit KULT und SPD würde ich bitten, dass wir zuerst über den KULT-Antrag abstimmen und würde mich freuen, wenn unser Antrag eine breite Unterstützung in diesem Hause bekommt.

Stadtrat Lancier (KULT): Die Ausführungen unserer Kollegen sind soweit auch auf unserer Linie, der Knackpunkt, worin unser Antrag sich von den anderen unterscheidet, ist eben diese Geschichte mit diesem zweiten Gewerkschaftsposten oder dieser zweiten Position für einen Gewerkschafter, bei dem wir nicht fordern, dass den nicht der DGB besetzt, sondern wir fordern, dass auch andere Gewerkschaften den Zugriff darauf haben könnten. Wenn sich kein Interessent aus einer anderen Gewerkschaft dafür findet, ist eben der Zugriff darauf durch den DGB frei. Das ist auch der Grund dafür, warum wir nicht gesagt haben, dass auch die anderen Kammern ein Interesse daran haben könnten und einen solchen Posten bekommen sollten, weil einfach keine zwei Positionen für die Kammern gedacht sind, sondern weil dort für die einzelnen Gruppen jeweils nur ein Posten da ist, der besetzt werden kann. Da ist es natürlich sinnvoll, die größte Gruppe zu nehmen. Wäre also nur ein Gewerkschaftsposten vorgesehen gewesen, dann wäre es selbstverständlich, dass wir beim DGB geblieben wären, einfach aufgrund der Größe und Repräsentanz, die diese Gewerkschaft beinhaltet. Wir wollen einfach nur die Möglichkeit offenhalten, wenn ein qualifizierter Mensch, aus einer andern Position oder Gewerkschaft, darauf Anspruch erhebt, dass darüber zumindest gesprochen werden kann und wir die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in unseren zukünftigen Vereinbarungen eben dort, zumindest die Möglichkeit, offenhalten.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Lassen mich zuerst einmal so anfangen, dass der Wirtschaftsförderungsausschuss in seiner heutigen Zusammensetzung und dies über Jahre, Frau Gabriele Luczak-Schwarz, eine hervorragende Arbeit für die Wirtschaftsförderung in diese Stadt tut. Wir sehen das immer wieder bei den Vorlagen unter anderem im nicht-öffentlichen Teil, wenn es zum Beispiel um Grundstücksverkäufe geht. Wir alle wissen, Herr Konrad, hier widersprechen wir Ihnen in aller Deutlichkeit, gesunde und gute Arbeitsplätze schaffen zuerst einmal die Unternehmer in dieser Stadt. Natürlich ist es schon richtig, dass hier Gewerkschaften ihren Teil dazu beitragen, dass die Rahmenbe-

dingungen dieser Arbeitsplätze gut, standhaft und ausdauernd sind. Es ist wichtig, dass es Gewerkschaften gibt. Aber Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, und wenn das Unternehmen gut geht, bleiben diese in der Stadt, und sie werden in diese Stadt investieren, deshalb ist die Arbeit des Wirtschaftsförderungsausschusses eine gut geleistete Arbeit bis zum heutigen Tag. Wir haben mit der Zusammensetzung, wie wir diesen Ausschuss besetzt haben, bis jetzt immer für diese Stadt das Beste und Möglichste erreicht, oft gegen Ihre Stimmen, Herr Konrad. Sie sind in vielen Punkten nicht wirtschaftsfreundlich und nicht wirtschaftsfördernd für diese Stadt, das erlauben Sie mir auch einmal zu betonen. Wir werden diesen Anträgen nicht zustimmen können, aus dem ersten gesagten Grund. Der zweite Grund ist, dass es rechtlich gar nicht möglich ist. Der andere Grund ist, wenn Sie zum Beispiel die Kammern ansprechen, dann haben Sie die IHK genannt, aber es gibt eine Anwaltskammer, Architektenkammer, die Ärzteschaft, die in dieser Stadt alle vertreten sind. Zudem gibt es auch noch viele Unternehmer-Verbände in dieser Stadt, wenn Sie alle berücksichtigen wollten, ich glaube, dann wären wir bei einer Ausschussgröße, die an Effektivität nicht mehr ganz so schlagkräftig wäre, wie wir es bis zum heutigen Tage im Wirtschaftsförderungsausschuss sind. Deshalb, wie gesagt, das andere ist die rechtliche Seite, wo es gar keine Handhabe gibt, darum gilt es von unserer Seite die Anträge abzulehnen.

Stadtrat Marvi (SPD): Herr Lancier, mir ist nach Ihrer Wortmeldung immer noch nicht klar, auf was für Gewerkschaften jenseits der DGB-Gewerkschaften, die vom Eisenbahner bis hin zum Journalisten über die Journalisten-Union in der Verdi, so ziemlich alles abbilden, was relevant ist, welche Gewerkschaften Sie eigentlich meinen. Mir fallen da einige Gewerkschaften ein, die ich lieber nicht bei dieser vertrauens- und verantwortungsvollen Aufgabe von Sozialpartnern in diesem wichtigen politischen Gremium vertreten sehen möchte. Vielleicht können Sie uns aufklären, welche Gewerkschaften, jenseits des DGB, Ihnen abhandengekommen sind. Nichtsdestotrotz sehe ich es auch nicht so wie Herr Ehlgötz. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Effektivität im Wirtschaftsförderungsausschuss mit einer Besetzung durch diese vier relevanten Personen aus dem Bereich der Sozialpartner erheblich leiden würde, ganz und gar nicht, sondern ich sehe darin eine Bereicherung mit der Praxis und Kompetenz für die Beratung dort. Ich finde es gut, dass wir in der Stadt, wenn wir über Wirtschaftsförderung reden, auch im Zuge der Beratung der Technologieregion zumindest immer daran denken, dass es nicht nur um Unternehmertum geht, sondern auch um die Beschäftigten. Von daher würden wir gerne unseren Antrag unverändert zur Abstimmung stellen, mit einem Zusatz, den ich mit Herr Konrad abgesprochen habe, dass wir aus der Stellungnahme der Verwaltung einsehen, dass wir den Punkt – Beratung von Grundstücksverkäufen – ausklammern, aber alles andere würden wir so zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben einen sehr guten Wirtschaftsförderungsausschuss, eine sehr gute Wirtschaft und eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit in dieser Stadt. Wir finden, dass der Vorschlag der Verwaltung eigentlich prinzipiell gut ist. Trotzdem wollen wir uns enthalten. Das ärgert mich ein bisschen, aber wir müssen uns enthalten. Sie sagen zwei Plätze für die DGB-Gewerkschaften, aber nur einen für die IHK und einen für die Handwerkskammer Karlsruhe. Das finden wir nicht in Ordnung. Wir enthalten uns.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich möchte, dass noch mal unterstreichen, was der Kollege Ehlgötz hier gerade eben gesagt hat. Es gibt im Moment keinen Zweifel, dass der Wirtschaftsförderungsausschuss vernünftige und gute Arbeit leistet, dass man jederzeit Experten aus allen Bereichen, wenn ein bestimmtes Thema ansteht, mit einladen und natürlich in die Beratung mit einbeziehen kann. Das können wir auch in Zukunft machen. Aber jetzt das Gremium zufällig aufzublähen durch zwei Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, Handwerkskammer und IHK, da frage ich mich wirklich, was ist mit der Anwaltskammer, Ärztekammer, der Kreishandwerkerschaft? Der Gegensatz der Gewerkschaft ist ja eigentlich dann der Arbeitgeberverband und nicht eine Institution. Es ist völlig unlogisch, wie jetzt neue Mitglieder bestimmt werden sollen. Entweder müssen wir dann viel mehr mitreinnehmen, und das bläht das Gremium im Ergebnis so auf, dass es nicht mehr handlungs- und entscheidungsfähig ist, oder wir müssen den richtigen Weg gehen, den wir auch in der Vergangenheit gegangen sind, nämlich dann, wenn es notwendig ist, zu gewissen Sachthemen, Experten oder Interessenverbände einzuladen, dann dies eben zu tun und nicht eine zufällig ausgewählte Gruppe. Welche Rechtfertigung gibt es für diese vier Mitglieder, im Gegensatz zu den anderen? Warum sagen Sie jetzt den Ärzten, dass Sie keine Vertreter haben wollen, warum darf die Anwälte keiner vertreten, warum sind die Arbeitnehmervertreter drin, aber die Arbeitgebervertreter nicht, das macht doch alles keinen Sinn, das ist zu kurz gedacht. Deswegen lehnen wir das ab. Warum ein gut funktionierendes Gremium unnötig aufblähen und vor allem völlig unorganisiert, völlig wahllos aufblähen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Herr Kollege Ehlgötz, Sie sagten vorhin im Prinzip, wir haben gute Gewerkschaften, aber die sollen sich raushalten. War das nicht immer ein Spruch der CDU, zu sagen: Wir haben die Sozialpartnerschaft, wir haben auf der einen Seite die Wirtschaft und dann die Arbeitnehmervertretung, die Gewerkschaften, die handeln dann schon aus - und jetzt stören sie plötzlich. Jetzt ist es zufällig, dass man den DGB mitreinnehmen möchte. Er spielt überhaupt keine große Rolle in dieser Gesellschaft - bisschen unlogisch ist das. Was wollen Sie nun, eine Sozialpartnerschaft, wo sich Wirtschaft und Arbeitnehmervertretungen einigen, zusammenwirken? Haben denn nicht die Gewerkschaften enorm in diesem Land dazu beigetragen, dass es einen Ausgleich und Wohlstand gibt, oder hat das nur die Wirtschaft gemacht? Ist es wirklich so, dass die Unternehmen ohne Kontrolle und ohne Arbeitnehmervertretung ganz von allein Heilige sind? Nein, das ist nicht so. Es war immer eine Auseinandersetzung zwischen beiden, und deshalb ist es richtig und gut, dass man sie mit reinnimmt. Weil der Kollege Høyem gesagt hat, die einen bekommen die zwei, und die anderen bekommen die eins, aber es ist ja jeweils eins, es sind ja beide Unternehmensvertretungen, man kann das sehr wohl als pari pari betrachten. Das Problem sehe ich nicht ganz so. Wir sollten den Mut haben, auch Gewerkschaften im Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu haben und auch deren Meinung mitanhören und auch deren Votum mit akzeptieren.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Die Aussage des Kollegen Fostiropoulos ist richtig, warum nicht die Gewerkschaften, aber die Frage ist, wen dann noch? Also wenn man an Wirtschaftsförderung denkt, gibt es viele Dimensionen, die sich auftun. Da gibt es Zukunftsfragen, ethische Fragen, da gibt es auch viele andere Fragen, die sich stellen. Deshalb scheint mir der Antrag einfach unausgegoren zu sein. Man muss die Dimension ausloten, die man tatsächlich bräuchte, wenn es zu einer Erweiterung kommt. Insofern sagen wir, der Antrag ist aus unserer Sicht nicht ausgegoren, nicht reif, um an dieser Stelle

abzustimmen. Da müssen wir uns noch grundlegend ein paar Gedanken mehr machen. Insofern stimmen wir der Verwaltungsvorlage zu.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen und möchte noch mal auf unsere ergänzende Stellungnahme hinweisen. Das Einzige, was sich die Verwaltung an der Stelle vorstellen kann, ist, im Rahmen der von Ihnen vorgeschlagenen Interessensvertreter, diese zu allen Tagesordnungspunkten einzuladen, die sich nicht mit Grundstücksverkäufen beschäftigen. Das hielten wir für hochkritisch und haben Ihnen auch dargestellt, dass das in anderen Städten durch neue Ausschüsse oder andere Konstruktionen entsprechend geregelt wird. Wenn Sie uns jetzt diesen Auftrag geben wollen, möchte ich Ihnen ausdrücklich nahelegen, es nicht so offen zu formulieren, wie es im KULT-Antrag formuliert ist. Herr Lancier, ich stelle es mir schwierig vor, wie wir auf die Gewerkschaften zugehen und sagen, wir brauchen zwei Vertreter, von denen ist einer vom DGB und der Zweite kommt dann eben aus einer anderen Gewerkschaft. Ich wusste nicht, welches Gremium auf der Gewerkschaftsebene dann entscheiden sollte, wer der Zweite ist, und ich möchte es Ihnen auch nicht zumuten, am Ende aus fünf Vorschlägen, aus 5 Einzelgewerkschaften, dann den rauszupicken, den Sie dann dort als Interessensvertreter zulassen. Das muss im Vorfeld geregelt werden, und da hat der DGB Möglichkeiten, auch Vertreter zu entsenden, die nicht unbedingt aus ihm selbst kommen müssen.

So ist die Formulierung nicht gewählt, sondern der DGB schlägt zwei Vertreter vor. Wenn Sie es aber für alle Gewerkschaften öffnen, wüsste ich nicht, wie das vom Verfahren her ablaufen sollte. Am Ende hätten Sie dann aus mehreren Gewerkschaften Vorschläge und müssten sich dann dazwischen entscheiden. Da müssten Sie wissen, ob sie das wollen. Ich glaube, dass es am Ende mehr Porzellan zerschlägt, als es nutzt, weil es kein Abstimmungsgremium zwischen den Einzelgewerkschaften gibt, das so etwas entscheidet, zumindest kenne ich keins. Insofern wäre es an dieser Stelle aus meiner Sicht hilfreicher, aber auch im Sinne der Aufgaben, die Sie dann zu vollführen hätten, eine eindeutigere quasi Konkretisierung dieser einzelnen Vertreter vorzunehmen.

Ich betrachte, weil es die offene Formulierung im KULT-Antrag gibt, den als weitgehender und würde ihn deswegen jetzt zur Abstimmung stellen. Der Unterschied zum SPD- und GRÜNEN-Antrag ist genau dieser Punkt. Wir sind uns einig, wenn Sie den jetzt ablehnen, dass damit nicht auch der SPD-Antrag abgelehnt wird, sondern dass es sich vor allem um dieses Detail handelt, nur damit wir da nicht an irgendeiner Stelle in Schwierigkeiten kommen.

Ich stelle jetzt den Antrag der KULT-Fraktion hier zur Abstimmung und bitte um ein entsprechendes Votum - der Antrag ist damit abgelehnt.

Jetzt rufe ich den gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN auf, aber in der Umsetzungsform wie ich es Ihnen eben dargestellt habe, dass wir nicht zu Grundstückseinkäufen einladen und zu den sonstigen Tagesordnungspunkten.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Es war so abgesprochen, dass wir den Antrag aufrechterhalten, mit der Trennung der Ausschüsse, also dass es nacheinander tagende Aus-

schüsse gibt und dass sie richtig beratende Mitglieder sind und dann im zweiten Ausschuss, der sich mit Grundstücksverkäufen befasst, nicht mehr anwesend sind.

Der Vorsitzende: Ok, Sie ergänzen ihren Antrag inhaltlich noch um die Klarstellung, dass es hier um einen Ausschuss mit zwei Teiltagesordnungen hintereinander gibt oder einen separaten Ausschuss, das können wir noch technisch klären.

- Unruhe -

Leute, wir haben doch jetzt wirklich einem Haufen Stellungnahmen, Sie können doch jetzt zu einer Entscheidung kommen, wir müssen doch nicht alles verkomplizieren. Es gibt dann zwei getrennte Ausschüsse, ob die dann personenidentisch sind im gemeindefrätlichen Teil oder nicht, können Sie immer noch entscheiden, die tagen hintereinander und nur zu dem Ausschuss, der sich nicht mit Grundstücksfragen beschäftigt, werden diese vier sachkundigen Einwohner als feste Teilnehmer eingeladen. Zwei kommen vom DGB, einer von der Handwerkskammer und einer von der IHK. Dann müssen wir eventuell die Satzung ändern, wenn das wirklich so festzementiert sein soll. Jetzt geht es hier erst einmal um den Antrag, und über Anträge wird hier abgestimmt. Wir haben schon darüber diskutiert und diesen Antrag so zusammengefasst, wie ich es von den Antragstellern übernommen habe, den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um das Votum - damit ist der Antrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
28. April 2017